

Pressedienst Nr. 16531  
Montag, 22. Mai 2023

|                                                                                               |   |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------|---|
| Moosbrugger: Biodiversitätsflächen erreichen 2023 neuen Rekordwert . . . . .                  | 1 |
| EU-Agrarausschuss fordert Verbesserungen bei Solidaritätskorridoren aus der Ukraine . . . . . | 2 |
| Russland stimmt Verlängerung des Getreideabkommens um zwei Monate zu . . . . .                | 3 |
| Totschnig: Für Kernbereiche der Waldpolitik sind die EU-Mitgliedstaaten zuständig . . . . .   | 4 |
| Land Tirol erlässt Abschussverordnungen für zwei Schadwölfe . . . . .                         | 5 |
| Landjugend Österreich beim Next Generation Tour-Stop in Oberösterreich . . . . .              | 5 |

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## Moosbrugger: Biodiversitätsflächen erreichen 2023 neuen Rekordwert

Vorreiterrolle Österreichs ausgebaut - Regional einkaufen ist aktiver Umweltschutz

Wien, 22. Mai 2023 (aiz.info). - "Österreichs Bäuerinnen und Bauern sichern nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit Qualitätslebensmitteln, nachhaltigen Rohstoffen und Energie, sondern leisten auch für die Umwelt Enormes. Im Jahr 2023 gibt es so viele Biodiversitäts- und Naturschutzflächen wie noch nie zuvor", unterstreicht Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** heute am Internationalen Tag der Biodiversität die Vorreiterrolle Österreichs in diesem Bereich. Durch hochwertige ÖPUL-Naturschutzflächen und die Anlage von Biodiversitäts- und Bracheflächen stellen die österreichischen Bauernfamilien insgesamt 210.000 ha Agrarflächen für die Umwelt bereit und verzichten auf Ertrag.

Auf diesen Äckern und Wiesen wird - je nach Maßnahme - auf Bewirtschaftung oder ertragssteigernde Maßnahmen wie Düngung oder Pflanzenschutz verzichtet bzw. die Biodiversität etwa durch Aussaat spezieller Blümmischungen gefördert. Mit einem Plus von rund 60.000 ha werden heuer bereits rund 10% der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Österreich speziell biodiversitätsfördernd bewirtschaftet. Knapp 81% aller bäuerlichen Betriebe nehmen am Österreichischen Agrarumweltprogramm (ÖPUL) teil. Gemäß jüngsten Zahlen von 2022 werden darüber hinaus 27,7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bzw. rund 706.000 ha biologisch bewirtschaftet.

"Die vorliegenden Zahlen belegen, dass es uns - trotz höherer EU-Vorgaben, des wirtschaftlichen Drucks auf die Betriebe und komplexer Regelungen - gemeinsam mit dem BML gelungen ist, die Bauernfamilien zur Teilnahme am Umweltprogramm zu motivieren und damit wachsenden Herausforderungen wie dem Klimawandel und der Bedrohung unserer natürlichen Ressourcen - noch mehr als bisher - gerecht zu werden. Diese Vorreiterrolle Österreichs gilt es anzuerkennen", betont Moosbrugger, der ähnliches Engagement auch in anderen Wirtschaftsbereichen begrüßen würde.

Mit Anreizen mehr erreichen als mit Verboten und Zwangsvorgaben

Das ÖPUL besteht insgesamt aus 25 verschiedenen Maßnahmen. Eine davon ist die Naturschutz-Maßnahme, die 2023 einen besonders starken Zulauf erlebt hat. Statt der bisherigen 17.430 Betriebe nehmen heuer 20.068 Betriebe daran teil, reduzieren freiwillig etwa ihre Tierzahlen und die Düngung oder verschieben ihren Schnitzeitpunkt - im Sinne von Blühpflanzen, Bestäubern und anderen Organismen. Für die damit verbundenen Ertragsverluste erhalten die bäuerlichen Betriebe von der öffentlichen Hand eine Abgeltung. "Die vorliegenden Antragszahlen zeigen, dass mit freiwilligen Anreizen mehr zu erreichen ist, als mit Zwangsvorgaben und Verboten", betont Moosbrugger.

"Nicht nur die Produktion wertvoller Qualitätslebensmittel zur Versorgung der Bevölkerung, sondern auch der Naturschutz gehören für unsere Bäuerinnen und Bauern somit längst zum Alltag. Während andere lediglich aus den Innenstadtbüros heraus Umweltschutz fordern und praxisferne Theorie betreiben, leisten unsere Bäuerinnen und Bauern Natur- und Biodiversitätsschutz in der Praxis - und das jeden Tag aufs Neue. Wir würden uns wünschen, dass die Menschen diese Leistungen noch mehr schätzen und aktiv unterstützen - etwa durch einen gezielten Einkauf regionaler

Qualitätsprodukte. Klar ist nämlich, dass die Zukunft unserer bäuerlichen Familienbetriebe auf den Märkten entschieden wird. Jede Österreicherin bzw. jeder Österreicher kann einen Beitrag zum Schutz unserer natürlichen Ressourcen leisten", so der LKÖ-Präsident. Genau aus diesem Grund sind weitere Schritte zur Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln sowie für Absicherung und Ausbau des AMA-Gütesiegels notwendig. Alle Konsument:innen sollen sich bewusst für die nachhaltige österreichische Landwirtschaft entscheiden können.

Viele Vogelarten profitieren von der Nutztierhaltung

"Tierhaltende bäuerliche Betriebe sind übrigens auch für die Vogelwelt von großer Bedeutung. Wo Nutztiere sind, gibt es Fliegen und daher sind Ställe und Weiden ein wahres Schlaraffenland für viele insektenfressende Vogelarten, wie etwa Mehl- oder Rauchschnalbe. Wo unsere bäuerlichen Betriebe verloren gehen, verschwinden oftmals auch solche Vogelarten. Den Rückgang von Vogelpopulationen der Landwirtschaft in die Schuhe zu schieben, ist daher schlicht und einfach unseriös", erklärt Moosbrugger am heutigen Tag der Biodiversität. (Schluss) APA OTS  
2023-05-22/11:33

## EU-Agrarausschuss fordert Verbesserungen bei Solidaritätskorridoren aus der Ukraine

Schmiedtbauer: Solidarität mit der Ukraine und Unterstützung für europäische Landwirte müssen Hand in Hand gehen

Brüssel, 22. Mai 2023 (aiz.info). - Der Agrarausschuss des Europaparlaments appelliert an die EU-Kommission, die Solidaritätskorridore für Agrarexporte aus der Ukraine zu verbessern und sicherzustellen, dass die Lieferungen tatsächlich in Drittländern oder Mitgliedsstaaten, die sie dringend benötigen, ankommen. Morgen, Dienstag, debattieren die Abgeordneten im Agrarausschuss des Europaparlaments mit Vertretern der EU-Kommission über Getreidelieferungen aus der Ukraine.

Die Positionen des Agrarausschusses hat dieser bereits in einem Brief an die EU-Kommission übermittelt. Darin werden Import-/Exportzertifikate für den Transport von ukrainischem Getreide, wie für Exporte in Drittländer, mit obligatorischer Kontrolle und Transit durch das EU-Gebiet, inklusive der eindeutigen Erwähnung "Transit" und ohne die Möglichkeit zur Entladung in der EU gefordert. Zudem soll es eine EU-Task-Force oder einen Sondergesandten für ukrainische Getreideexporte geben. Überdies wird die EU-Kommission in dem Brief aufgefordert, mit dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen beim Kauf von Weizen zusammenzuarbeiten und sicherzustellen, dass er tatsächlich nach Afrika und in den Nahen Osten transportiert wird.

"Die Einrichtung der sogenannten Solidaritätskorridore war ein wichtiger Schritt und war in einer schwierigen Zeit dafür gedacht, die Versorgung von Regionen sicherzustellen, in denen sich der Hunger ausgebreitet hat", sagt ÖVP-Agrarsprecherin **Simone Schmiedtbauer** im Vorfeld der Debatte. "Leider sehen wir, dass dieser Zweck dadurch torpediert wird, dass viel von dem ukrainischen Getreide in Europa "hängen bleibt", statt ans Horn von Afrika, den Libanon, den Jemen oder andere Regionen geliefert zu werden, wo es so dringend benötigt wird. Wir haben uns im Agrarausschuss bereits klar dazu positioniert: Wir unterstützen die Ukrainerinnen und Ukrainer weiterhin in vollem Umfang und ganz besonders die Landwirtinnen und Landwirte, die mit verminten

Feldern und unfassbarem Leid durch Putins brutale Invasion konfrontiert sind. Ebenso sind wir solidarisch mit allen Teilen der Welt, in denen ein akuter Mangel an Lebensmitteln herrscht. Die Solidaritätskorridore sind richtig und notwendig, aber ich erwarte mir konkrete Schritte von Seiten der EU-Kommission zur Verhinderung des Missbrauchs der Korridore", betont Schmiedtbauer. (Schluss)

## Russland stimmt Verlängerung des Getreideabkommens um zwei Monate zu

Korridore für Agrarexporte aus der Ukraine über das Schwarze Meer bleiben geöffnet

Moskau/Kiew, 22. Mai 2023 (aiz.info). - Praktisch in letzter Minute, einen Tag vor dem Auslaufen des Getreideabkommens zwischen Russland und der Ukraine, kam aus Moskau die Zusage für die Verlängerung des Getreidedeals für die Exportkorridore über das Schwarze Meer für weitere zwei Monate. Bis zuletzt hatte Russland damit gedroht, das Abkommen auslaufen zu lassen und knüpft eine weitere Verlängerung Mitte Juli an Bedingungen, wie etwa die Lieferung von Ersatzteilen für Landmaschinen, die Zulassung der staatlichen Landwirtschaftsbank RSHB zum Swift-System sowie die Wiederaufnahme der russischen Ammoniak-Exporte über den ukrainischen Hafen Odessa.

Die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine fanden unter Vermittlung der UNO und der Türkei in Istanbul statt. Der im Wahlkampf stehende türkische Präsident **Recep Tayyip Erdogan** dankte bei einer Parteiveranstaltung der AKP seinem "teuren Freund", dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, für die "aufrichtige Unterstützung" sowie dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj für die "konstruktive Zusammenarbeit". Auch die Bemühungen von UNO-Generalsekretär António Guterres strich Erdogan hervor.

UNO-Generalsekretär **António Guterres** würdigte die Verlängerung des Getreideabkommens zwischen Russland und der Ukraine als "gute Nachricht für die Welt". Zwar blieben noch ausstehende Fragen, darüber sprächen aber Vertreter der Ukraine, Russlands, der Türkei und der Vereinten Nationen weiter, sagte Guterres am Mittwoch in New York. Das Abkommen sei wichtig für die globale Ernährungssicherheit - und weil es zeige, dass "es sogar in der dunkelsten Stunde immer einen Hoffnungsschimmer gibt und eine Möglichkeit, Lösungen zu finden, die allen helfen".

Laut Marktexperten wolle Russland 2022/23 bis zu 60 Mio. t Getreide - vor allem über das Schwarze Meer - exportieren und könne somit kaum Interesse daran haben, dass dieser Seeweg ins Kriegsgeschehen mit hineingezogen werde. Denn nach einer Rekord-Weizenernte sind die Silos in dem Land übervoll und es wird aktuell um jeden Preis - auch wenn nicht mehr kostendeckend - versucht, Platz für die kommende Ernte zu machen. Zudem hätte die jüngste Verzögerungstaktik der russischen Inspektoren ukrainischer Schiffe das Exporttempo der Ukraine über das Schwarze Meer so stark gebremst, dass eine völlige Schließung der Schwarzmeerroute das globale Marktgeschehen nicht zusehends erschüttert hätte - auch, weil die Produktion der Ukraine durch den Krieg massiv einbreche und die wenigen verbleibenden Exportmengen schon über die alternativen Solidaritätskorridore zu Exporthäfen in der EU bewältigbar erschienen. (Schluss)

## Totschnig: Für Kernbereiche der Waldpolitik sind die EU-Mitgliedstaaten zuständig

Minister erhält Unterstützung von zwölf weiteren Ländern

Brüssel/Wien, 22. Mai 2023 (aiz.info). - Die Europäische Kommission plant eine Verordnung zu Waldmonitoring und integraler langfristiger Waldplanung. Der Vorschlag dazu beruht auf der EU-Waldstrategie 2030. Forstwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** pocht darauf, dass die Zuständigkeit für diesen Verordnungsvorschlag beim EU-Landwirtschaftsrats sowie in der Ratsarbeitsgruppe Forstwirtschaft liegt. Unterstützung erhält Totschnig von zwölf weiteren Forstministerinnen und -ministern (Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Italien, Kroatien, Lettland, Polen, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Tschechien, Zypern), die gemeinsam mit Österreich einen Brief an den schwedischen und spanischen Forstminister (derzeitige EU-Ratspräsidentschaft und ab Juli) formuliert haben.

"Hier werden Entscheidungen, die unmittelbare Auswirkungen auf die Forstwirtschaft haben, in anderen EU-Ratsgremien getroffen. Das kann einfach nicht sein. Das Waldmonitoring und die Waldplanung sind Kernbereiche der Waldpolitik, und für diese sind ausschließlich die EU-Mitgliedstaaten zuständig. Ein diesbezüglicher Rechtsakt soll daher auch auf EU-Ebene in den entsprechenden Gremien behandelt werden. Der EU-Landwirtschaftsratsrat und die Ratsarbeitsgruppe Forstwirtschaft müssen mit der entsprechenden Forstexpertise daher auch die weiteren Verhandlungen führen", verdeutlicht Totschnig.

Bereits im Jänner 2023 hätten auf Initiative von Totschnig Österreich und 15 weitere EU-Landwirtschaftsminister:innen in einem "Kompetenzbrief" an den EU-Ratsvorsitz auf dieses Problem aufmerksam gemacht. "Dabei haben wir mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass land- und forstwirtschaftliche Expertise der Mitgliedstaaten und deren Kompetenzen auf EU Ebene unzureichend Berücksichtigung finden. Vor dem Hintergrund der geplanten EU-Verordnung über Waldmonitoring und Waldplanung, muss ich diese Forderung nachdrücklich gemeinsam mit zwölf weiteren Forstministerinnen und Forstministern erneut vorbringen."

Die Forstwirtschaft und Waldpolitik seien nicht in den EU-Verträgen festgeschrieben und als solche daher eine alleinige Angelegenheit der Mitgliedstaaten. Es handle sich dabei nicht um gemeinsame Politiken der EU, wie etwa die Umwelt- oder Agrarpolitik. Dennoch wolle die Europäische Kommission nun einen Vorschlag einer Verordnung zur Beobachtung, Berichterstattung und Datenerhebung im Wald sowie zur Waldplanung vorlegen. "Hierfür ist genau auf die nationalen Zuständigkeiten, auf die Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit, sowie die Zuweisung zu den hierfür kompetenten und geeigneten Rats-Gremien zu achten", fordert Totschnig und verweist auf die nachhaltige, multifunktionale Forstwirtschaft in Österreich.

Eine seit 1961 in regelmäßigen Abständen vom Bundesforschungszentrum für Wald durchgeführte Waldinventur bestätige diese. Nach der letzten Waldinventur von 2016 bis 2021 hätten sich etwa die Waldfläche und der Holzvorrat vergrößert sowie die Biodiversität des Waldes erhöht. Die Erhebung, Auswertung und das Monitoring von Walddaten seien eine wesentliche Grundlage für die Waldpolitik, wird betont. (Schluss)

## Land Tirol erlässt Abschussverordnungen für zwei Schadwölfe

Nutztiere in Osttirol und im Ötztal qualvoll verendet

Innsbruck, 22. Mai 2023 (aiz.info). - Das Land Tirol hat vergangene Woche die ersten zwei Wolf-Abschussverordnungen nach der Novellierung des Tiroler Jagdgesetzes erlassen. Eine für einen Schadwolf in Osttirol, der mit hoher Wahrscheinlichkeit in Assling auf einer Heimweide im Ortsteil Mittewald trotz Herdenschutzzaun ein Schaf gerissen hat, und eine im Ötztal, wo im Gemeindegebiet Umhausen im Bereich Leierstal-Alm, vier tote Schafe ebenso mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem Wolf gerissen wurden. Die Abschussverordnung gilt für acht Wochen in 39 Jagdgebieten in Osttirol und in 45 Jagdgebieten im Ötztal.

Seit Ende April hat es laut Land Tirol in Osttirol bereits mehrere Nutztierrisse mit Verdacht auf Großraubtiere gegeben. Aktuell dürften sich in Osttirol Wolf und Goldschakal aufhalten. Allerdings seien die Voraussetzungen für eine Abschussverordnung der Tiroler Landesregierung bislang nicht erfüllt gewesen. Schadtiere, die entnommen werden können, sind Wölfe oder auch Goldschakale, die fachgerechte Herdenschutzzäune überwinden oder auf nicht schützbaaren Almen mehr als einmal Nutztiere reißen bzw. bei einem einzigen Rissereignis mindestens fünf Schafe töten oder verletzen. Bei ausreichendem Verdacht auf ein Großraubtier muss auch nicht auf das Vorliegen von DNA-Befunden gewartet werden. Im Gemeindegebiet von Oetz (Ötztal) wurde bereits Ende März die Anwesenheit eines Wolfs durch Aufnahmen einer Wildkamera nachgewiesen.

"Wir haben die Lage im ganzen Land genau unter Beobachtung. Sobald wir es mit einem Schad- oder Risikotier nach den landesgesetzlichen Vorgaben zu tun haben, schreiten wir zur Tat", stellte LH-Stv. und Agrarlandesrat **Josef Geisler** klar. Ziel bleibe aber jedenfalls die Senkung des Schutzstatus des Wolfs in der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie. "Der Wolf ist keine gefährdete Tierart und gehört regulär bejagt", forderte Geisler Brüssel einmal mehr zum Handeln auf.

"Die Politik hat gehandelt, jetzt ist die Jägerschaft am Zug. Um das Problem in den Griff zu bekommen, muss allerdings bei den Probennahmen und Auswertungen, den Verordnungen und letztendlich bei den Abschüssen schnell gehandelt werden", ist Landwirtschaftskammer (LK) Tirol-Präsident **Josef Hechenberger** überzeugt. Es gehe dabei nicht nur um die Land- und Almwirtschaft, sondern um den gesamten ländlichen Raum. "Obwohl die diesjährige Almsaison noch gar nicht richtig angelaufen ist, bereiten Wolf, Bär und Goldschakal bereits große Sorgen, sowohl bei den Bäuerinnen und Bauern als auch in der Bevölkerung. Diese Ängste und Sorgen müssen wir ernst nehmen", unterstreicht Hechenberger. (Schluss)

## Landjugend Österreich beim Next Generation Tour-Stopp in Oberösterreich

Unterstützung bei ambitionierten Projekten

Wien, 22. Mai 2023 (aiz.info). - Die Next Generation Tour der Landjugend Österreich hat diesmal in Oberösterreich Halt gemacht. Mit der Initiative wird jedes Bundesland von der Landjugend Österreich bei einer Projektumsetzung begleitet. Die Landjugend Bezirk Linz Land hat am Donnerstag, 18. Mai, einen "Herzlauf" in Ansfelden organisiert und Spenden für herzkrankte Kinder gesammelt. "In Österreich kommen jährlich rund 700 Kinder mit Herzfehlbildungen zur Welt. Bei vielen Betroffenen

ist eine Operation für eine glückliche Kindheit notwendig. Die Landjugend steht zur Seite, wenn Menschen Hilfe benötigen", streicht **Markus Buchebner**, Bundesleiter der Landjugend Österreich die "Anpacker"-Mentalität der Landjugend Linz Land hervor.

Im Rahmen des Projektes "Rund'um Gsund - mit Herz & Verstand nemmas ind Hand" werden noch viele weitere Zeichen gesetzt. So bepflanzen die Ortsgruppen und der Bezirksvorstand Grünflächen und organisieren Bildungsveranstaltungen zu den Themen Sport, Gesundheit und Biodiversität. Aber auch für Schulkinder wird etwas getan. Es werden Unterrichtsmaterialien für die dritten Klassen der Volksschulen erstellt, um auf die Wichtigkeit von Ernährung und Biodiversität hinzuweisen.

Die aktuelle Zeit mit multiplen Krisen und tiefgreifenden Unsicherheiten sei für viele Jugendliche nicht einfach. Das gesellschaftliche Zusammenleben habe sich nach der Pandemie, mit dem Ukrainekrieg und den fortschreitenden klimatischen Veränderungen spürbar verändert. "Das Aufzeigen von Problemen schafft noch keine Lösungen. So steht die Landjugend für fokussiertes Arbeiten an Zielen, motiviertes Umsetzen von Projekten und zukunftsorientiertes Handeln. Wir wollen Verantwortung übernehmen - in guten, aber auch in schlechten Zeiten", betonen Buchebner und **Valentina Gutkas**, Bundesleiterin-Stellvertreterin, unisono.

"Die vielzähligen Projekte der Landjugendgruppen in ganz Österreich tragen zur Gestaltung und Belebung der Gemeinden bei und machen die Regionen lebenswert. Wir danken unserem Kooperationspartner Raiffeisen Club für die freundliche Unterstützung der Landjugend Next Generation Tour", schließt Gutkas. (Schluss)